

**Gemeinsame Richtlinien der Landesmedienanstalten
über die Sendezeit für unabhängige Dritte nach § 31 RStV
(Drittsendezeitrichtlinie - DSZR)**

vom 16. Dezember 1997

in der geänderten Fassung des Beschlusses der DLM vom 14./15. September 2004

1 Präambel

Die Einräumung von Sendezeit für unabhängige Dritte ist eine der möglichen vielfaltsichernden Maßnahmen nach dem Rundfunkstaatsvertrag.

Hat ein Unternehmen mit den ihm zurechenbaren Programmen vorherrschende Meinungsmacht erlangt, kann die zuständige Landesmedienanstalt durch die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) nach § 26 Abs. 4 Nr. 3 RStV die Einräumung von Sendezeit für unabhängige Dritte als Maßnahme zur Vermeidung des Widerrufs von Zulassungen vorschlagen.

Erreicht ein Veranstalter mit einem Vollprogramm oder einem Spartenprogramm mit Schwerpunkt Information im Durchschnitt eines Jahres einen Zuschaueranteil von 10 vom Hundert hat er nach Feststellung und Mitteilung durch die zuständige Landesmedienanstalt nach § 26 Abs. 5 RStV Sendezeit für unabhängige Dritte einzuräumen.

Bei der Sendezeit für unabhängige Dritte handelt es sich um Satellitenfensterprogramme nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 RStV.

2 Anforderungen an ein Fensterprogramm

§ 31 Abs. 1 RStV

Ein Fensterprogramm, das aufgrund der Verpflichtung zur Einräumung von Sendezeit nach den vorstehenden Bestimmungen ausgestrahlt wird, muss unter Wahrung der Programmautonomie des Hauptveranstalters einen zusätzlichen Beitrag zur Vielfalt in dessen Programm, insbesondere in den Bereichen Kultur, Bildung und Information, leisten. Die Gestaltung des Fensterprogramms hat in redaktioneller Unabhängigkeit vom Hauptprogramm zu erfolgen.

- 2.1 Ein Fensterprogramm ist unter Wahrung der Programmautonomie des Hauptveranstalters zu gestalten. Zur Absicherung einer voneinander unabhängige Gestaltung der Inhalte verfügen Hauptveranstalter und Fensterveranstalter über eigenständige Zulassungen. Gleichwohl soll sich das Fensterprogramm in die Programmstruktur und das Erscheinungsbild des Hauptprogramms einfügen; das Interesse des Hauptveranstalters an Zuschauerakzeptanz für das Gesamtprogramm ist mit zu berücksichtigen. Interessenunter-

schiede zwischen Hauptveranstalter und Fensterveranstalter sind unter Berücksichtigung der beiderseits bestehenden redaktionellen Unabhängigkeit im Interesse einer größtmöglichen Vielfalt im Gesamtprogramm durch die zuständige Landesmedienanstalt zum Ausgleich zu bringen.

- 2.2 In Vollprogrammen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 RStV ist der Bereich Unterhaltung in der Regel so stark abgedeckt, dass der zusätzliche Beitrag zur Vielfalt nur in den Bereichen Kultur, Bildung und Information erbracht werden kann.

Das Fensterprogramm hat in seiner thematischen Breite die bundesweite Verbreitung zu berücksichtigen.

- 2.3 Für die redaktionelle Unabhängigkeit des Fensterprogramms vom Hauptprogramm ist erforderlich, dass die Programmverantwortlichen des Fensterprogramms ihre redaktionellen Entscheidungen ohne Mitwirkungs- oder Zustimmungsbefugnisse des Hauptveranstalters treffen; die Vereinbarung zwischen Hauptveranstalter und Fensterveranstalter darf daher keine programmliche Mitsprache des Hauptveranstalters vorsehen. Absprachen zur organisatorischen Einpassung des Fensterprogramms in das Hauptprogramm sind zulässig; vgl. auch Ziff. 6.1.

3 Sendezeit des Fensterprogramms

§ 31 Abs. 2 RStV

Die Dauer des Fensterprogramms muss wöchentlich mindestens 260 Minuten, davon mindestens 75 Minuten in der Sendezeit von 19.00 Uhr bis 23.30 Uhr betragen. Auf die wöchentliche Sendezeit werden Regionalfensterprogramme bis höchstens 150 Minuten pro Woche mit höchstens 80 Minuten pro Woche auf die Drittssendezeit außerhalb der in Satz 1 genannten Sendezeit angerechnet; bei einer geringeren wöchentlichen Sendezeit für das Regionalfenster vermindert sich die anrechenbare Sendezeit von 80 Minuten entsprechend. Die Anrechnung ist nur zulässig, wenn die Regionalfensterprogramme in redaktioneller Unabhängigkeit veranstaltet werden und insgesamt bundesweit mindestens 50 vom Hundert der Fernsehhaushalte erreichen.

- 3.1 Die generelle Mindestdauer des Fensterprogramms kann in der Zulassung nur im Ein-

vernehmen mit dem Hauptveranstalter aus-
geweitet werden. Im Einzelfall kann die Dauer
des Fensterprogramms im Einvernehmen
mit dem Hauptveranstalter und mit vorheriger
Zustimmung der zuständigen Landesme-
dienanstalt ausgeweitet werden.

- 3.2 Die Dauer des Fensterprogramms schließt die
zulässige Werbezeit ein. Die Höchstgrenze
der Werbedauer (§ 45 Abs. 1 RStV) ist für das
Hauptprogramm und das Fensterprogramm
getrennt zu berechnen. Im Ein-Stunden-
Zeitraum darf die Dauer der Spotwerbung für
Haupt- und Fensterprogramm zusammen 20
vom Hundert nicht überschreiten (§ 45 Abs. 2
RStV).
- 3.3 Für die Fensterprogramme sind im Pro-
grammschema feste wiederkehrende Sende-
plätze auszuweisen. Zur eigenständigen Er-
kennbarkeit der Fensterprogramme soll die
Dauer der einzelnen Sendung 30 Minuten
nicht unterschreiten.
- 3.4 Sendezeit des Fensterprogramms in Aus-
nahmefällen
- 3.4.1 Hat das Fensterprogramm einen Sendeplatz
an einem Wochentag, kann das Fensterpro-
gramm entfallen, wenn der Sendetag auf ei-
nen bundesweiten Feiertag fällt und deshalb
der Hauptveranstalter den regel-mäßigen
Programmablauf ändert.
- 3.4.2 Im übrigen kann im Einzelfall der Sendeplatz
Fensterprogramm wegen aktueller Änderun-
gen Programm des Hauptveranstalters, ins-
besondere bei Live-Übertragung einer Sport-
veranstaltung, zeitlich verlegt werden. Ein
Fensterprogramm in der Sendezeit von 19.00
Uhr bis 23.30 Uhr darf nur in diesem zeitli-
chen Rahmen verlegt werden. Die wöchentli-
che Mindestsendezeit nach § 31 Abs. 2 RStV
ist einzuhalten.
- 3.4.3 Soll das Fensterprogramm nach Ziffer 3.4.1
entfallen oder nach Ziffer 3.4.2 verlegt wer-
den, ist die vorherige Zustimmung der zu-
ständigen Landesmedienanstalt einzuho-
len.
- 3.5 Anrechenbarkeit von Regionalfenstern
- 3.5.1 Regionalfensterprogramme (§ 2 Abs. 2 Nr. 4
RStV) sind nach § 25 Abs. 4 RStV in den bei-
den bundesweit verbreiteten reichweiten-
stärksten Fernsehvollprogrammen mindes-
tens im zeitlich regional differenzierten Um-

fang der Programmaktivitäten zum 01 Juli
2002 nach Maßgabe des jeweiligen Landes-
rechts aufzunehmen.

Zu diesem Stichtag waren in den beiden bun-
desweit verbreiteten reichweitenstärks-ten
Fernsehvollprogrammen folgende Regio-
nalfensterprogramme mit einer Dauer von
werktätlich 30 Minuten außer an Samstagen
aufgenommen:

Bei RTL : Bayern, Hamburg und Schleswig-
Holstein, Hessen, Niedersachsen und Bre-
men, Nordrhein-Westfalen, Rhein-Neckar.

Bei Sat.1: Bayern, Hamburg und Schleswig-
Holstein, Rheinland-Pfalz und Hessen, Nie-
dersachsen und Bremen, Nordrhein-
Westfalen.

Landesrechtliche Regelungen über zu-
sätzliche Regionalfensterprogramme bleiben
unberührt. Zur Erfüllung der Anrechenbarkeit
für ein Regionalfensterprogramm nach § 31
Abs. 2 Satz 3 RStV ist von einer Brutto-
Sendezeit von 30 Minuten werktätlich außer
an Samstagen auszugehen.

Von dieser Sendezeit sind höchstens 80 Minu-
ten pro Woche auf die Drittseendezeit außer-
halb der Sendezeit von 19.00 Uhr bis 23.30
Uhr anrechenbar. Bei geringerer wöchentli-
cher Sendezeit des Regionalfenster-
programms ist diese mit 8/15 (§ 31 Abs. 2
Satz 2 2. Halbsatz RStV) anrechenbar.

Von der täglichen Bruttosendezeit von 30 Mi-
nuten werden sechs Minuten maximale Wer-
bedauer (§ 45 Abs. 2 RStV) abgezogen. Regi-
onale Ausnahmeregelungen gemäß § 46a
RStV bleiben unberührt. Die danach verblei-
bende Netto-Sendezeit muss mindestens 20
Minuten redaktionell gestaltete Inhalte zu
politischen, wirtschaftlichen, sozialen und
kulturellen Themen aus der Region, für die
das Regionalfensterprogramm bestimmt ist,
enthalten. Davon müssen im Durchschnitt ei-
ner Woche mindestens 10 Minuten aktuelle
und ereignisbezogene Inhalte sein. Der Aus-
tausch von Beiträgen zwischen unterschiedli-
chen Regionalfensterprogrammen sowie die
Übernahme von Beiträgen aus dem Pro-
gramm des Hauptveranstalters entspricht
diesen Anforderungen in der Regel nicht.

Der für die Anrechnung erforderliche Regio-
nalbezug kann nur anerkannt werden, wenn
die Gestaltung, die Produktion und die stu-
diotechnische Abwicklung der Beiträge in der

Region erfolgen, für die das Regionalfensterprogramm bestimmt ist, oder wenn sie zumindest unverändert ist gegenüber der Handhabung zum 01. Juli 2002.

- 3.5.2 Regionalfensterprogramme können ferner nur angerechnet werden, wenn sie in redaktioneller Unabhängigkeit veranstaltet werden. Dies schließt nicht aus, dass der Hauptprogrammveranstalter selbst Veranstalter des Regionalfensterprogramms ist oder an diesem beteiligt ist.

Der Hauptprogrammveranstalter hat die finanzielle Mindestausstattung des Regionalfensterprogramms nach § 25 Abs. 4 S. 2 RStV sicher zu stellen.

Für die Anerkennung der redaktionellen Unabhängigkeit ist Voraussetzung, dass die Programmverantwortlichen des Regionalfensterprogramms im Rahmen einer vorgegebenen finanziellen Ausstattung ihre redaktionellen Entscheidungen ohne Mitwirkungs- oder Zustimmungsbefugnisse des Hauptprogrammveranstalters treffen können. Dies schließt das Recht ein, eigenverantwortlich das redaktionelle Personal einzustellen und die technischen und studioteknischen Dienstleister zu wählen

Die finanzielle Ausstattung muss den Programmverantwortlichen für das Regionalfensterprogramm in die Lage versetzen, die programmlichen Anforderungen an das Regionalfensterprogramm gemäß Punkt 3.5.1 Sätze 8 9 in eigener Verantwortung zu erfüllen. Die Erfüllung der Voraussetzungen des Satzes 6 wird vermutet, wenn die finanzielle Ausstattung bis zum 31. Dezember 2006 im Volumen mindestens dem Finanzbudget zum Zeitpunkt 01. Juli 2002 entspricht. Bei Unterschreiten dieses Volumens ist der zuständigen Landesmedienanstalt die ausreichende finanzielle Mindestausstattung des Programmverantwortlichen für das Regionalfensterprogramm nachzuweisen.

Die Programmverantwortlichen für die Regionalfensterprogramme sind für die Dauer der Lizenz zu benennen, das zugrundeliegende Vertragsverhältnis darf seitens des Hauptprogrammveranstalters nur aus wichtigem Grund gekündigt werden.

Für redaktionelle Unabhängigkeit spricht zusätzlich, wenn ein vom Hauptprogramm-

veranstalter unabhängiger Programmbeirat entsprechend § 32 RStV für das Regionalfensterprogramm besteht oder wenn die redaktionelle Unabhängigkeit durch ein Redaktionsstatut abgesichert ist. Die rundfunkrechtliche Verantwortung des Veranstalters des Regionalfensterprogramms für dieses Programm entsprechend der jeweiligen Zulassung bleibt unberührt.

- 3.5.3 Für die Feststellung der bundesweiten Reichweite sind alle Haushalte zugrunde zu legen, die öffentlich-rechtliche oder private Fernsehprogramme über terrestrische Sender, Breitbandkabelnetze oder Satellitendirektempfang erhalten (Grundreichweite).

Bei der Berechnung der Mindestreichweite von 50 vom Hundert dieser Grundreichweite werden nur die Rundfunkhaushalte berücksichtigt, die innerhalb des Verbreitungsgebiets liegen, für das das Regionalfensterprogramm, das die Voraussetzungen der Ziff. 3.5.2 erfüllt, zugelassen ist. Wird das Regionalfensterprogramm terrestrisch verbreitet, sind zunächst alle Rundfunkhaushalte zusammenzuzählen, die mit diesem Programm entsprechend der „Richtlinie für die Beurteilung der Fernsehversorgung (FTZ-Richtlinie 176TR10) versorgt werden können. Hinzuzurechnen sind die Kabelhaushalte außerhalb der nach Satz 3 ermittelten terrestrischen Reichweite, wenn das Regionalprogramm in Kabelanlagen verbreitet wird. Wird das Regionalfensterprogramm über Satellit verbreitet, werden für die Berechnung der Mindestreichweite die Rundfunkhaushalte nach Satz 2 zugrunde-gelegt. § 31 Abs.2 Satz 4 RStV bleibt unberührt.

- 3.5.4 Die Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für die Anrechnung erfolgt durch die Landesmedienanstalten zum 01. Oktober eines jeden Jahres.

4 Anforderungen an den Fensterveranstalter

§ 31 Abs. 3 RStV

Der Fensterprogrammanbieter nach Absatz 1 darf in keinem rechtlichen Abhängigkeitsverhältnis zum Hauptprogrammveranstalter stehen. Rechtliche Abhängigkeit im Sinne von Satz 1 liegt vor, wenn das Hauptprogramm und das Fensterprogramm nach § 28 demselben Unternehmen zugerechnet werden können.

- 4.1 Für die Feststellung, ob ein Fensterveranstalter in einem rechtlichen Abhängigkeitsverhältnis zum Hauptveranstalter steht, gelten die Zurechnungstatbestände des § 28 RStV. Bedient sich der Fensterveranstalter eines Zulieferers, sind die besonderen Voraussetzungen des § 28 Abs. 2 RStV zu beachten.
- 4.2 Zur Klärung der konzentrationsrechtlichen Fragen hat die zuständige Landesmedienanstalt gemäß § 36 Abs. 2 Satz 2 RStV über den nach § 31 Abs. 4 Satz 3 oder Satz 4 RStV in Aussicht genommenen Bewerber das Benehmen mit der KEK herzustellen.

5 Auswahl des Fensterveranstalters

§ 31 Abs. 4 RStV

Ist ein Hauptprogrammveranstalter zur Einräumung von Sendezeit für unabhängige Dritte verpflichtet, so schreibt die zuständige Landesmedienanstalt nach Erörterung mit dem Hauptprogrammveranstalter das Fensterprogramm zur Erteilung einer Zulassung aus. Die zuständige Landesmedienanstalt überprüft die eingehenden Anträge auf ihre Vereinbarkeit mit den Bestimmungen dieses Staatsvertrages sowie der sonstigen landesrechtlichen Bestimmungen und teilt dem Hauptprogrammveranstalter die zulassungsfähigen Anträge mit. Sie erörtert mit dem Hauptprogrammveranstalter die Anträge mit dem Ziel, eine einvernehmliche Auswahl zu treffen. Kommt eine Einigung nicht zustande und liegen der zuständigen Landesmedienanstalt mehr als drei zulassungsfähige Anträge vor, wählt sie aus einem Dreierorschlag des Hauptprogrammveranstalters denjenigen Bewerber aus, dessen Programm den größtmöglichen Beitrag zur Vielfalt im Programm des Hauptprogrammveranstalters erwarten lässt und erteilt ihm die Zulassung. Bei drei oder weniger Anträgen trifft die zuständige Landesmedienanstalt die Entscheidung unmittelbar.

- 5.1 Ein Hauptveranstalter ist zur Einräumung von Sendezeit für unabhängige Dritte verpflichtet, wenn das Verfahren nach § 26 Abs. 4 RStV eingeleitet und eine entsprechende einvernehmliche Regelung mit der KEK herbeigeführt worden ist.
Die Verpflichtung des Hauptveranstalters besteht außerdem, wenn die zuständige Landesmedienanstalt nach § 26 Abs. 5 RStV fest-

gestellt hat, dass der Hauptveranstalter im Durchschnitt eines Jahres einen Zuschaueranteil von 10 vom Hundert erreicht und ihm dies mitgeteilt hat. Mit dem Zugang der Mitteilung beginnt die Frist von sechs Monaten für die Organisation des Fensterprogramms.

Vor der Ausschreibung führt die zuständige Landesmedienanstalt eine Erörterung mit dem Hauptveranstalter durch, bei der insbesondere festzulegen ist, ob das Fensterprogramm insgesamt oder getrennt für mehrere einzelne Sendeplätze ausgeschrieben werden soll und zu welchen Sendezeiten es voraussichtlich stattfinden soll.

- 5.2 Die Ausschreibung erfolgt nach den landesrechtlichen Vorschriften. Von der Ausschreibung unterrichtet die zuständige Landesmedienanstalt die anderen Landesmedienanstalten.
- 5.3 Die zuständige Landesmedienanstalt unterrichtet die KEK und die anderen Landesmedienanstalten über die eingegangenen Anträge. § 38 RStV bleibt unberührt.
- 5.4 Kommt nach der Erörterung mit dem Hauptveranstalter eine Einigung über eine einvernehmliche Auswahl des Fensterveranstalters nicht zustande, stellt dies die zuständige Landesmedienanstalt fest und fordert bei mehr als drei zulassungsfähigen Anträgen gleichzeitig den Hauptveranstalter auf, einen Dreierorschlag vorzulegen.
- 5.5 Bei der Bewertung des größtmöglichen Beitrags zur Vielfalt im Programm des Hauptveranstalters sind insbesondere zu berücksichtigen
- die inhaltliche Ausrichtung des Fensterprogramms und dessen ergänzender Beitrag zum Hauptprogramm (§ 31 Abs. 1 RStV) und
 - die Leistungsfähigkeit des Bewerbers.
- Ferner ist zu berücksichtigen die mehrfache Zulassung eines Fensterveranstalters. Die für die Hauptprogramme zuständigen Landesmedienanstalten stimmen sich hierzu ab.
- 5.6 Die Auswahlentscheidung hat gemäß § 36 Abs. 2 Satz 1 RStV das für die Zulassung nach Landesrecht zuständige Organ der zuständigen Landesmedienanstalt zu treffen. Von der Auswahlentscheidung ist die endgültige Zulassungsentscheidung nach § 31 Abs. 6 RStV

zu trennen, die erst nach Abschluss und Vorlage der Vereinbarung zwischen Hauptveranstalter und Fensterveranstalter nach § 31 Abs. 5 RStV bei der zuständigen Landesmedienanstalt erfolgt.

6 Verhältnis zum Hauptveranstalter

§ 31 Abs. 5 RStV

Ist ein Bewerber für das Fensterprogramm nach Absatz 4 ausgewählt, schließen der Hauptprogrammveranstalter und der Bewerber eine Vereinbarung über die Ausstrahlung des Fensterprogramms im Rahmen des Hauptprogramms. In diese Vereinbarung ist insbesondere die Verpflichtung des Hauptprogrammveranstalters aufzunehmen, dem Fensterprogrammveranstalter eine ausreichende Finanzierung seines Programms zu ermöglichen. Die Vereinbarung muss ferner vorsehen, dass eine Kündigung während der Dauer der Zulassung nach Absatz 6 nur wegen schwerwiegender Vertragsverletzungen oder aus einem wichtigen Grund mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres zulässig ist.

6.1 Die Vereinbarung über die Ausstrahlung des Fensterprogramms im Rahmen des Hauptprogramms hat insbesondere die Verpflichtung des Hauptveranstalters aufzunehmen, dem Fensterveranstalter eine ausreichende Finanzierung seines Programms zu ermöglichen. Darüber hinaus soll sie vor allem Regelungen über die reguläre Sendezeit und die Sendezeit in Ausnahmefällen, über die organisatorische Einpassung des Fensterprogramms in das Hauptprogramm (Schnittstellen, Programm-logo u.ä.) und über die technische Abwicklung enthalten.

6.2 Eine ausreichende Finanzierung des Fensterprogramms wird in der Regel anzunehmen sein, wenn sie sich an den durchschnittlichen Programmkosten des Hauptveranstalters für vergleichbare Sendeplätze orientiert. Die Finanzierung des Fensterprogramms kann vor allem ermöglicht werden durch

- die Eigenvermarktung des Fensterveranstalters oder
- die Fremdvermarktung des Fensterprogramms durch den Hauptveranstalter bzw. dessen Vermarkter oder

- durch unmittelbare Programmkostenzuschüsse des Hauptveranstalters gegen Übertragung des Vermarktungsrechts.

Eine Kombination verschiedener Finanzierungsarten ist möglich.

Für die Kosten, die dem Fensterveranstalter dadurch entstehen, dass die Sendezeit des Fensterprogramms in Ausnahmefällen verlegt wird (Ziffer 3.4.2), hat der Hauptveranstalter Ersatz zu leisten.

6.3 Nimmt der Fensterveranstalter das Angebot des Hauptveranstalters zum Abschluss einer Vereinbarung zu angemessenen Bedingungen innerhalb einer von der zuständigen Landesmedienanstalt gesetzten angemessenen Frist nicht an, tritt die Landesmedienanstalt erneut in das Auswahlverfahren nach § 31 Abs. 4 RStV ein. Liegt kein weiterer zulassungsfähiger Antrag mehr vor, erfolgt eine neue Ausschreibung des Fensterprogramms. Legt der Hauptveranstalter kein Angebot zum Abschluss einer Vereinbarung zu angemessenen Bedingungen vor, stellt die zuständige Landesmedienanstalt fest, dass damit die Umsetzung der Einräumung von Sendezeit für unabhängige Dritte als vielfaltsichernde Maßnahme nach § 31 Nr. 1 RStV gescheitert ist, und teilt dieses der KEK mit. Das weitere Verfahren bestimmt sich nach § 26 Abs. 4 oder Abs. 5 RStV.

7 Zulassung des Fensterveranstalters

§ 31 Abs. 6 RStV

Auf der Grundlage einer Vereinbarung zu angemessenen Bedingungen nach Absatz 5 ist dem Fensterprogrammveranstalter durch die zuständige Landesmedienanstalt die Zulassung zur Veranstaltung des Fensterprogramms zu erteilen. In die Zulassung des Haupt- und des Fensterprogrammveranstalters sind die wesentlichen Verpflichtungen aus der Vereinbarung nach Absatz 5 als Bestandteil der Zulassungen aufzunehmen. Eine Entschädigung für Vermögensnachteile durch den teilweisen Widerruf der Zulassung des Hauptprogrammveranstalters wird nicht gewährt. Die Zulassung für den Fensterprogrammveranstalter soll auf die Dauer von drei Jahren erteilt werden, längstens jedoch bis zum Ablauf der Zulassung des Hauptprogrammveranstalters.

- 7.1 Die Erteilung der Zulassung an den Fensterveranstalter erfolgt gemäß § 36 Abs. 2 Satz 1 RStV nach Herstellung des Benehmens mit der KEK durch das für die Zulassung zuständige Organ der zuständigen Landesmedienanstalt.
- 7.2 Im Zulassungsverfahren prüft die zuständige Landesmedienanstalt, ob die Vereinbarung zwischen dem Hauptveranstalter und dem Fensterveranstalter nach § 31 Abs. 5 RStV angemessene Bedingungen enthält und die Leistung des zusätzlichen Beitrags zur Vielfalt im Programm des Hauptveranstalters nach § 31 Abs. 1 Satz 1 RStV gewährleistet ist.
- 7.3 In der Zulassung für den Fensterveranstalter sind insbesondere die vielfaltsichernden Programmteile und eine Sendeverpflichtung für das Fensterprogramm festzuschreiben.
- 7.4 In die Zulassung des Hauptveranstalters sind die wesentlichen Verpflichtungen aus der Vereinbarung nach § 31 Abs. 5 RStV aufzunehmen, insbesondere die Regelungen über die regelmäßige Sendezeit für das Fensterprogramm und die Sendezeit in Ausnahmefällen sowie die Finanzierungsregelungen für das Fensterprogramm.
- 7.5 Im Regelfall ist die Zulassung für den Fensterveranstalter auf die Dauer von drei Jahren zu erteilen. Sie kann ausnahmsweise bis auf die Dauer von fünf Jahren erteilt werden, damit sie mit dem Ablauf der Zulassung des Hauptveranstalters zusammenfällt. Der Zeitpunkt des Ablaufs der Zulassung des Hauptveranstalters ist bereits in der Ausschreibung des Fensterprogramms mitzuteilen.
- 7.6 Rechtzeitig vor Ablauf der Zulassungsdauer für den Fensterveranstalter ist ein neues Verfahren nach § 31 Abs. 4 RStV einzuleiten.